

(A) (Vizepräsident Schmidt)

der GRÜNEN ist so beschlossen. Damit ist der **Einzelplan 04** in zweiter Lesung **angenommen**.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Können wir nicht morgen weitermachen? - Heiterkeit)

Ich rufe die **Nummer 8** auf:

Einzelplan 09: Ministerium für Bundesangelegenheiten

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 11/4709 und **eröffne** die Beratung. Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann **schließe** ich die **Beratung**.

Wir kommen zur **Abstimmung** über den Einzelplan 09 entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 11/4709**. Wer ist dafür? - Danke schön. Wer ist dagegen? - Vielen Dank. Stimmenthaltungen? - Bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion mit der Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion so beschlossen. Damit ist der **Einzelplan 09** in zweiter Lesung **angenommen**.

Ich rufe die **Nummer 9** auf:

(B)

Einzelplan 12: Finanzministerium

in Verbindung damit:

Einzelplan 20: Allgemeine Finanzverwaltung

und

Haushaltsgesetz 1993

Ich verweise auf die Beschlußempfehlungen Drucksachen 11/4700, 11/4712 und 11/4716 und die vorliegenden Änderungsanträge der GRÜNEN-Fraktion: Drucksache 11/4778 zu Einzelplan 12 mit drei Anlagen, Drucksache 11/4779 zu Einzelplan 20 mit fünf Anlagen und Drucksache 11/4780 zum Haushaltsgesetz mit zwei Anlagen.

Ich **eröffne** die **Beratung** und erteile für die CDU-Fraktion dem Abgeordneten Meulenbergh das Wort. Bitte schön!

(C)

Abgeordneter Meulenbergh (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer jetzt zwei Tage lang der Haushaltsplandebatte folgt

(Oh-Rufe und Unruhe bei der SPD)

- Sie sollen ja noch einmal wach werden; es geht ja dem Ende zu -, der fragt sich: Wo sitzen eigentlich die Verantwortlichen für die Finanzmisere in Nordrhein-Westfalen?

(Abgeordneter Dr. Brunemeier [SPD]: Hier nicht!)

- Sie haben schon richtig aufgezeigt. - Minister Schleußer gab gestern schon als fünfter Redner, d. h. als erster Minister, die Antwort und gab uns allen eine Orientierungshilfe: selbstverständlich nicht in Nordrhein-Westfalen. Die von ihm ausgemachten Hauptangeklagten sind demnach der Bund, die Wiedervereinigung, der Strukturwandel, ja, sogar die Städte und Gemeinden.

Nun dachte ich mir, daß ein Minister oder eine Ministerin in der Folgezeit wenigstens einmal "mea culpa" gesagt hätte; aber das blieb aus. Ich gebe zu, dieses Szenario ist gekonnt, hat aber einen kleinen Haken: Es stimmt leider mit der Realität nicht überein.

(D)

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Na, na, na!)

Lassen Sie mich die Argumente der Landesregierung auf ihre Wahrhaftigkeit abklopfen.

Seit mehr als 20 Jahren befindet sich Nordrhein-Westfalen zugegebenermaßen in einem tiefgreifenden Strukturwandel. Seit mehr als 20 Jahren! Ist dieser Wandel für eine moderne Volkswirtschaft nicht geradezu typisch? Nur durch ständige Anpassung und Innovation lassen sich die Wettbewerbsfähigkeit und unser Lebensstandard halten. Zum Unglück für unseren Finanzminister meisterten andere Bundesländer diese Situation unauffälliger und besser.

Ebenso unredlich ist es, die Wiedervereinigung immer wieder für unsere heutigen nordrhein-westfälischen Probleme zu nutzen. Nicht zuletzt durch die gewaltige Nachfrage der neuen Bundesbürger nach Westwaren steigen die Steuereinnahmen allein im Jahr 1992 um

(A) (Meulenbergh [CDU])

3,4 Milliarden DM.

(Unruhe)

Natürlich werden die Altlasten der DDR in den nächsten Jahren auch Nordrhein-Westfalen zu Solidaropfern zwingen. Dies ist jedoch der Preis, den nicht nur der Bund, sondern wir alle für die deutsche Einheit zu entrichten haben.

Meine Damen und Herren! Die wahren Gründe für die Misere sind ganz einfach hausgemacht. Nordrhein-Westfalen liegt beim Wirtschaftswachstum seit langem im bundesrepublikanischen Vergleich auf den hinteren Plätzen. In den letzten 15 Jahren wurden lediglich zwei Drittel des länderübergreifenden Durchschnitts erzielt. Dabei weiß jeder von uns, daß 1 % mehr Bruttosozialprodukt immerhin 600 Millionen DM Mehreinnahmen bedeuten. Somit stehen jährlich Milliarden dem Land Nordrhein-Westfalen nicht zur Verfügung.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Das ist doch gestern schon widerlegt worden!)

Gleichzeitig leistet sich das Land viel Geld für ideologisch begründete Eskapaden

(B)

(Beifall bei der CDU)

und eine immens aufgeblähte Verwaltung. 345 000 Angestellte und Beamte stehen auf der Gehaltsliste des Landes. Allein unter Minister Schleußer wurde das Stellensoll um 8 600 angehoben, ohne jedoch - und das ist dabei sicherlich besonders wichtig - die Lücken in der Lehrerversorgung und bei der Polizei zu schließen.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Wo sind denn Ihre Anträge?)

- Die Anträge lagen ja wohl heute vor, besonders zu den Lehrern; Sie waren vielleicht gerade nicht da.

Hier müßte man zuallererst ansetzen und dafür Sorge tragen, daß die zugegebenermaßen immer weniger werdenden Ressourcen dort eingesetzt werden, wo sie unverzichtbar sind.

(C)

Auch die SPD hat nun nach langem Nachdenken erkannt, daß der allzu sorglos angehäuften Schuldenberg den politischen Handlungsspielraum empfindlich einschränkt. Nicht nur die absolute Verschuldung von 118 Milliarden DM ist erschreckend, Sorgen bereitet auch der explosionsartig angestiegene Zuwachs an Zinslasten.

Auf der Suche nach Einsparmöglichkeiten ist man dann allerdings in eine fatale Sackgasse geraten. Gespart wird bei den Schulen und der inneren Sicherheit. Gekürzt wird bei den Investitionen in die Zukunft und den Zuweisungen an die Kommunen. So schafft man kein Fundament für spätere Generationen.

Für die politische Selbstdarstellung ist den Sozialdemokraten kein Opfer zu groß. 10 Millionen DM wurden im Einzelplan 20 neu für Öffentlichkeitsarbeit des Landes eingesetzt - eine Position, die angesichts der finanziellen Gesamtlage unverzüglich gestrichen werden muß. Im übrigen ist dieser Titel haushaltsrechtlich zumindest fragwürdig.

(Lachen des Ministers Schleußer)

Sie werden nun in bewährter Manier sagen: Nörgeln kann jeder. Doch Verantwortung trägt nur die SPD. Wir beschränken uns aber keinesfalls darauf, mit dem erhobenen Zeigefinger auf die zahlreichen Schwachpunkte Ihrer Politik hinzuweisen, sondern seit zwei Tagen stellen wir detaillierte Anträge, wir greifen Ihnen bei der Haushaltssanierung sozusagen unter die Arme, und das in äußerst seriöser Art und Weise.

(D)

Als vordringlichstes Ziel wollen wir den Gesamtzuwachs des 93er Haushalts auf 3 % zurückführen. Dies gilt in gleichem Maße für die Einzelpläne 12 und 20. Hierbei müssen alle Ausgaben - und seien sie noch so gering - einer kritischen Überprüfung unterzogen werden.

Durch Verzicht auf nicht unbedingt erforderliche Anschaffungen und Streckung von Baumaßnahmen wollen wir insgesamt 13 Millionen DM einsparen. Weiter plädieren wir für die Auflösung der Sonderrücklage bei der Westdeutschen Landesbank in Höhe von 68 Millionen DM und den Verkauf von Anteilen an der Westdeutschen Landesbank, die 500 Millio-

(A) (Meulenbergh [CDU])

nen DM erbringen werden.

(Zuruf von der SPD)

So kann die Verschuldung des Landes verringert und unangebrachter politischer Einfluß auf die Bank reduziert werden. - Den Einwurf mit dem "bescheuert" habe ich natürlich mitbekommen. Aber vielleicht erkundigen Sie sich einmal bei Ihren Ministerpräsidenten Scharping und Engholm danach, was diese mit den Anteilen machen.

Um den Landeshaushalt zu entlasten, beantragen wir den Verkauf des Grundstücks Tannenstraße in Düsseldorf. 650 Millionen DM wären hier zu erzielen.

(Minister Schleußer: Das ist nicht zu fassen!)

- Wir können es ja einmal versuchen. Dann werden wir weiter sehen.

Gleichzeitig sollten die Zuführungen an den Grundstock zum Ankauf von Grundstücken in Höhe von 35 Millionen DM gestrichen werden, da nur noch in dem Umfang Grundstücke angekauft werden sollen, wie sie auch verkauft werden.

(B) Meine Damen und Herren, alle diese Maßnahmen sowie die übrigen in den Fachausschüssen gestellten Anträge ermöglichen eine Reduktion der Schuldenaufnahme um 1,75 Milliarden DM. Als Resultat kann der Ansatz der Zinsen für Kreditmarktmittel um 100 Millionen DM zurückgeführt werden.

Mit Blick auf die prekäre Haushaltssituation und den Zangengriff der Schuldenlast halten wir unsere Anträge für angemessen und fordern ihre Umsetzung.

Meine Damen und Herren, notwendig wäre also sparsames Haushalten und eine intelligente Wirtschaftspolitik - daß dies nur mit einer CDU-Mehrheit ginge, ist uns wohl bewußt -, damit die Eckdaten im Ländervergleich nicht noch weiter zurückfallen.

Zu begrüßen wäre es, wenn die SPD die Schuld an der schwierigen Finanzlage zunächst bei sich selber suchte. Ich meine, eine solche ehrliche Bestandsaufnahme wäre nach 25jähriger Regentschaft

(C)

(Zuruf von der SPD: 26jähriger!)

angebracht. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Schmidt: Danke schön, Kollege Meulenbergh. - Für die SPD-Fraktion erteile ich der Frau Abgeordneten Meyer-Schiffer das Wort. Bitte sehr!

Abgeordnete Meyer-Schiffer (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eigentlich hatte ich gedacht, wir würden uns um 21.33 Uhr wirklich auf das Wesentliche beschränken, Herr Kollege Meulenbergh. Aber auch ich habe alles mitgenommen; habe alles aufgeschrieben. Dennoch will ich versuchen, mich auf das zu konzentrieren, was zwischen der ersten und zweiten Lesung geschehen ist, in dieser spannenden Phase, in der wir ja alle immer darauf warten, was so an Vorschlägen aus den Oppositionsfraktionen kommt. Ich will mich auch auf das, was Sie hier gerade in Ihren Änderungsanträgen als richtungweisend dargestellt haben, konzentrieren.

Aber, meine Damen und Herren, ich tue das nicht für alle, sondern nur für ein paar ausgelesene Fälle; denn ich denke, daß wir über ein paar Stellen hier nicht weiter zu diskutieren brauchen, weil wir es schon im Haushalts- und Finanzausschuß getan haben.

Eines würde ich gern voranstellen, und zwar das Zitat des Kollegen Schauerte aus seiner hier gehaltenen Haushaltsrede: Wir müssen mit gutem Beispiel vorangehen, und wir müssen dafür sorgen, daß wir die Ausgaben auf 3 % begrenzen. Er hat gesagt, in der CDU gebe es Grundsatzbeschlüsse, die ganz klare Sparkonzepte aufwiesen. Ich will versuchen, an Ihren Vorschlägen im Haushalts- und Finanzausschuß, an Ihren Änderungsanträgen klarzumachen, wie stark Sie Ihren Grundsätzen treu bleiben, die Sie hier über Kollegen Schauerte in der ersten Lesung dargestellt haben.

Herr Meulenbergh, ich komme auf das erste zurück. Herr Bensmann lauscht auch aufmerksam; das finde ich sehr schön.

(D)

(A) (Meyer-Schiffer [SPD])

Mittel für Öffentlichkeitsarbeit ersatzlos streichen - das sollte dazu führen, daß wir 10 Millionen DM im Haushalt einsparen. Ich frage mich wirklich ernsthaft, was denn die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes dazu sagen, künftig weniger über das informiert zu werden, was wir tun, was auch die Landesregierung hinter ihren Türen tut. Ich frage mich ernsthaft - und Sie wissen das genau -, warum wir zahllose Publikationen, Herr Dr. Busch - es ist ja mit Ihr Vorschlag -,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

nicht mehr der Bevölkerung zur Verfügung stellen wollen, weil wir hier - aus unserer Sicht am falschen Ende - sparen sollten. Ich kann das nur als Einsparvorschlag, der eigentlich nicht seriös ist, ablehnen.

Vizepräsident Schmidt: Frau Meyer-Schiffer, wollen Sie eine Frage von Herrn Paus zulassen?

Abgeordnete Meyer-Schiffer (SPD): Nee, nee, im Moment nicht.

(Zurufe des Bedauerns von der CDU)

(B)

- Wenn das hier natürlich größere Trauer bewirkt, dann bitte gern. Um Gottes willen, ich will Sie nicht traurig stimmen. Das ist kein Problem. Nur würde ich gerne meine Argumentation erst darlegen. Vielleicht können wir es dann tun.

Zweiter Punkt: Verkauf Grundstück Tannenstraße! Die Zwischenrufe vorhin waren ja schon deutlich. Ich habe das Gefühl, daß alle Jahre wieder - ich selber erlebe es hier zum drittenmal - dieser Vorschlag kommt. Das finde ich kaum noch spannend. Ich denke, ernsthaft darüber zu diskutieren ist eigentlich nicht sinnvoll. Ein Verkauf des Grundstücks an der Tannenstraße ist im Hinblick auf den derzeitigen Verkehrswert sicherlich wirtschaftlich unvertretbar. Das sehen selbst die Kolleginnen und Kollegen aus der Fraktion DIE GRÜNEN ja nicht anders. Vielleicht, Herr Meulenbergh, ist es sinnvoll, einmal darüber nachzudenken oder mit Herrn Dr. Busch zu verhandeln, was denn das Grundstück möglicherweise wert ist, wenn man Ihren stadtentwicklungspolitischen

(C)

Vorstellungen in Düsseldorf folgt und das Grundstück dann verkauft. Ich denke, dann wird es mit der Haushaltssanierung hier schwierig werden.

(Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es bleibt ein dritter Sparvorschlag, ein Sparvorschlag, der nicht unbedingt nur den Haushalts- und Finanzausschuß berührt, den ich im Schulausschuß live erleben durfte. Ich will ihn hier noch einmal darstellen, weil er meiner Meinung nach schwierig ist.

Es gab den Antrag - er taucht hier nicht mehr auf; das fand ich in der heutigen Beratung des Einzelplans 05 sehr interessant -, die Referendanzzeit der Lehrer um ein halbes Jahr auf eineinhalb Jahre zu verkürzen - Einsparvolumen: 44 Millionen DM. Ich habe mich sehr gewundert, warum Sie den damals so heftig vertretenen, aus meiner Sicht fachpolitisch problematischen Antrag hier nicht auftauchen lassen.

(Zuruf)

- Nein, er taucht nicht auf. Hat das damit zu tun - wir haben heute nicht darüber abgestimmt -, daß Sie ihn vielleicht nicht ernst nehmen, oder hat es damit zu tun, daß dies Haus es nicht wert ist, diesen Einsparvorschlag hier zu diskutieren und dann auch darüber abzustimmen?

(D)

Meine Damen und Herren, es ist schade, daß eine von der CDU-Fraktion so groß und breit angekündigte Haushaltskonsolidierung, wie ich sie gerade mit Beispielen belegt habe, so wenig dazu beigetragen hat, ein Stückchen weiterzukommen. Ich erinnere nur an die vielen Zustimmungen der Damen und Herren Kollegen der CDU-Fraktion zu Vorschlägen der GRÜNEN - da fällt mir der Schulhaushalt ein -, Zustimmung zu 640 Stellen mehr an Grundschulen, zu 680 Stellen mehr an berufsbildenden Schulen.

Vieles ist sicherlich wünschenswert. Allerdings fehlen nach wie vor die Deckungsvorschläge. Ich will darauf in Anbetracht der Zeit nicht weiter eingehen. Vielleicht werden bis zur dritten Lesung - bis morgen um 11 Uhr ist ja noch Zeit - weitere Vorschläge gemacht.

Nur noch ein Wort zur Fraktion der GRÜNEN.

(A) (Meyer-Schiffer [SPD])

(Beifall des Abgeordneten Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

- Herr Dr. Busch, Sie werden nach mir reden. Sie haben den interessanten Vorschlag gemacht, der in allen Grußworten, die wir vor den verschiedenen Interessenverbänden immer wieder halten, auftaucht, 500 zusätzliche Planstellen im Bereich der Finanzverwaltung zu schaffen, womit wir - einfach gestrickt - im Bereich der Betriebs- und Steuerprüfung Mehreinnahmen in Milliardenhöhe erzielen würden.

(Abgeordneter Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE]: Das sagt der Bundesrechnungshof! - Zuruf des Abgeordneten Dautzenberg [CDU])

Sie wissen ganz genau, daß diese Automatik so nicht zutrifft, daß Personalverstärkungen insbesondere für die Prüfung von Großfirmen dazu führen, daß zwar die Prüfungsabstände verkürzt werden, aber sie garantieren keinesfalls mehr Steuern, schon gar nicht die Zahlen, die Sie sich vorstellen.

(Abgeordneter Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE]: Das ist aber sehr wahrscheinlich!)

(B)

Sicherlich ist es sinnvoll, im Bereich der Betriebsprüfung langfristig personelle Veränderungen vorzunehmen. Sicherlich ist es auch sinnvoll, darüber nachzudenken, wie die Aufgaben neu strukturiert werden können. Wir nehmen dies ernst und haben auch diesmal nachdrücklich dafür geworben, daß für die Nachwuchsförderung und für die Schaffung von Ausbildungsplätzen in der Finanzverwaltung ein - wenn auch kleiner - Akzent gesetzt wird. Das ist sehr wichtig. Gegenüber dem Haushaltsplanentwurf werden wir auch im nächsten Jahr 62 Finanz- und Steueranwärter und -anwärterinnen ausbilden und ihnen im Anschluß die Möglichkeit geben, in die Finanzverwaltung einzusteigen, wenn sie wollen.

(Abgeordneter Bensmann [CDU]: Viel zu wenig!)

- Das ist sicherlich zuwenig, aber das geschieht in dem vollen Bewußtsein - das wissen Sie sehr gut, Herr Bensmann - um die Problematik, daß wir mit der Abwanderung junger Beamter in die freie Wirtschaft zu kämpfen haben. Das haben wir bei unseren

(C)

Gesprächen mit den Steuerverbänden ja oft genug gehört. Fast tausend Fälle waren es in den letzten beiden Jahren. Trotzdem hat die SPD-Fraktion hier ein richtiges Signal gesetzt, dort Kapazitäten zu schaffen, um den jungen Leuten die Möglichkeit zu geben, einen Ausbildungsplatz zu erhalten.

In diesem Zusammenhang denken wir natürlich auch darüber nach, wie die Fachhochschule Nordkirchen und die Finanzschule Haan künftig im Hinblick auf ihre Kapazitäten - sie sind randvoll - weiter genutzt werden können und wie weiter verfahren werden kann. Wir werden das im Haushalts- und Finanzausschuß angehen, sicherlich mit Unterstützung des Finanzministers.

Ein letztes Wort zu einem Vorschlag aus Ihrer Fraktion, Herr Dr. Busch, zur Haushaltskonsolidierung. Sie wollen bei großen Unterhaltungsarbeiten an Gebäuden und Grundstücken im Staatshochbau- und Finanzbaubereich 100 Millionen DM einsparen. Sehr löblich! Gleichzeitig wollen Sie bei diesen Gebäuden für Maßnahmen zur Energieeinsparung 30 Millionen DM veranschlagen. Ich frage mich ernsthaft, wie das funktionieren soll, wie das sachlich und fachlich nachzuvollziehen ist. Stellen Sie sich vor, wir installieren teure Energiesparmaßnahmen in einem Gebäude, in das es hineinregnet, in dem die Fenster undicht sind, weil wir kein Geld mehr dafür haben, es instand zu setzen!

(D)

(Abgeordneter Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE]: Och!)

- Regen Sie sich nicht auf, Herr Dr. Busch, Sie wissen ganz genau, es geht hier insbesondere um größere Instandhaltungsmaßnahmen an diesen Gebäuden.

(Zuruf des Abgeordneten Dautzenberg [CDU])

Es ist wirklich kurzfristig gedacht, wenn wir hier - aus unserer Sicht an der falschen Stelle - Geld einsparen. Modernisierung und Instandhaltung haben ihren Stellenwert. Ich denke, Ihre Kollegin Frau Nacken kann Ihnen das sehr deutlich sagen.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Die ist nicht mehr hier!)

(A) (Meyer-Schiffer [SPD])

- Das kann man ja morgen nachholen.

Meine Damen und Herren! Es würde mir Spaß machen, das Thema WestLB anzusprechen.

(Abgeordneter Dr. Brunemeier [SPD]: Heute abend nicht mehr!)

Sie ist ja ein ewig ungeliebtes Kind der Oppositionsfractionen.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Nein!)

Es lohnt sich eigentlich kaum, weil wenig Neues dabei herumgekommen ist. Herr Dr. Busch hat in einem Antrag umfangreich begründet, warum wir unsere Landesanteile an dieser Bank verkaufen sollen. Ich halte das nach wie vor für völligen Blödsinn, wenn ich das auch für unsere Fraktion einmal so offen sagen darf. Auch wir haben darüber mehr als einmal diskutiert. Die Bank hat wichtige Funktionen für die Sparkassen, wichtige Funktionen als starke öffentlich-rechtliche Bank für die Unterstützung der mittelständischen Industrie im Import- und Exportgeschäft,

(Zuruf von der CDU: Und für die dritte Welt!)

(B)

und sie ist sicherlich wichtiger Partner gerade für diejenigen, von denen Sie meinen, man müßte sie vor der WestLB schützen.

Meine Damen und Herren! Abschließend möchte ich feststellen, daß, was die Überlegungen der Oppositionsfractionen zu richtungweisenden Einsparvorschlägen anbetrifft, ein bißchen Enttäuschung vorherrscht. Es hat relativ wenig Neues gegeben.

Dennoch haben wir - ich sage das als Neuling - eine interessante Diskussion in sachlich angenehmer Atmosphäre geführt. Das ist auch wichtig. Die Konsolidierungspolitik wird in den nächsten Jahren sicherlich die politische Kraft all derjenigen, die heute abend noch hier sitzen, aber auch all derer, die schon zu Hause sind, in Anspruch nehmen. In diesem Bewußtsein sind wir ein Stück weitergekommen, das ist auch wichtig.

(C)

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Sie wollten doch kurz reden!)

Unter dem Strich, meine Damen und Herren - Herr Linssen, ich folge Ihrem Vorschlag sofort und räume dieses Pult für Herrn Dr. Busch

(Abgeordneter Reul [CDU]: Nein! - Abgeordneter Hardt [CDU]: Sie müssen sowieso gehen!)

- nein, ein paar Minuten habe ich noch! -, sind wir der Meinung: Die Änderungsvorschläge aller Oppositionsfractionen können uns nicht daran hindern, den Einzelplänen 12 und 20 und dem Haushaltsgesetz mit den von uns eingebrachten Änderungsvorschlägen zuzustimmen. Wir gehen davon aus, daß das der richtige Weg ist.

Ich danke Ihnen und gehe davon aus, daß ich Ihre Zeit nicht allzu lange in Anspruch genommen habe. - Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU - Abgeordneter Bensmann [CDU]: Sie hat nur auf den Busch geklopft!)

(D)

Vizepräsident Schmidt: Danke schön, Frau Kollegin Meyer-Schiffer. - Für die F.D.P.-Fraktion spricht der Abgeordnete Wickel.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Sie hat das Pult nur für Busch geräumt! - Allgemeine Heiterkeit)

- Ja und, der kann sich doch wehren, oder nicht?

Abgeordneter Wickel (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das viele Papier löste schon Erschrecken aus, aber die Finanzpolitik in diesem Land gibt einem Gelegenheit, Teile, die man jetzt wegläßt, später wieder zu verwenden. Insofern brennt da nichts an.

(Allgemeine Heiterkeit)

Frau Kollegin Meyer-Schiffer, vielleicht müßte das,

(A) (Wickel [F.D.P.]

was wir als Haushälter vom Selbstverständnis her diskutieren, mehr in die Köpfe der Kollegen hinein, die nicht im Haushalts- und Finanzausschuß sind. Vielleicht sollten wir überlegen, in Zukunft den Einzelplan 12, Einzelplan 20 und das Haushaltsgesetz am nächsten Tag zu machen.

Es hat ja keinen Sinn, daß nur die Insider wissen, wie es um die Finanzen tatsächlich steht. In der Fraktions-sitzung erleben Sie dann bei sich, daß die das alles nicht akzeptieren, was Sie denen da so erzählen. Insofern wäre es wirklich hilfreich, wenn wir diese Diskussion auf der Zeitachse etwas verschöben.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Noch weiter verschieben?)

Ich bin dem Finanzminister ausgesprochen dankbar, daß er meine Frage aus dem Haushalts- und Finanzausschuß, wie er denn die Steuermindereinnahmen auffangen wolle, gestern beantwortet hat. Herr Finanzminister, die F.D.P.-Fraktion macht Ihnen daraus keinen Vorwurf, wenn Sie sagen, Sie schaffen das mit Ihren sparsamen Ansätzen. Wir loben das und halten es für das Verhalten eines guten Haushälters. Wir hoffen nur, daß Sie das auch durchhalten können.

(B) Wir haben das berühmte Wetterleuchten 1993. Wir wissen aus der Naturkunde,

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Jetzt folgt der Wetterbericht!)

daß nach Wetterleuchten, Herr Dr. Vesper, immer Gewitter und Sturm kommen können und die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage weitere Steuermindereinnahmen bringt.

Die Deckung unseres Haushaltes ist, erkennbar bis 1995, nur durch weitere Verschuldungen oder besser Überschuldungen dargestellt. Wir differenzieren auch genau das, was der Finanzminister für seinen Haushalt will. Deshalb stellen wir fest - da komme ich auf das Angebot an Frau Kollegin Meyer-Schiffer zurück -, daß das Verhalten der politischen Mehrheit da noch nicht deckungsgleich ist.

Der Finanzminister hat ja vor der SPD-Mehrheitsfraktion gesagt - ich zitiere -: "Wir haben vieles so

(C)

weiter getan wie bisher." Der Ministerpräsident ging in seiner Regierungserklärung vor kurzem noch weiter. Ich zitiere: Er, der Ministerpräsident, wolle diesem Treiben ein Ende bereiten. - Da kann ich nur sagen, meine Damen und Herren: Es reicht nicht mehr, nur die Lippen zu spitzen, da muß man auch pfeifen.

Der Eindruck ist zumindest bei mir nun wirklich vorhanden, daß der Ernst der Lage, was unsere Finanzen angeht, von der Mehrheitsfraktion - hier nehme ich die Finanzpolitiker einmal bewußt heraus - noch nicht begriffen wurde. Wir werden im Frühjahr 1993 die ersten großen Entlassungswellen - sowohl im Mittelstandsbereich wie in der Industrie - erleben. Die Umsatzrückgänge im Einzelhandel sind schon erheblich. Die Automobilindustrie und ihre Zulieferbetriebe werden nicht gekannte Einbrüche erleben. Sie stellen in allen Untersuchungen fest: Die Verbraucher werden unsicherer. Deshalb wird uns im Mai 1993 die nächste Steuerschätzung weitere Einbrüche bescheren.

(Zuruf von der SPD: Was sagt der Möllemann dann dazu?)

Deshalb muß ich dieses noch einmal im Zusammenhang erwähnen, weil der Haushalt 1993 in erster Linie die größeren Blitzableiter gebraucht hätte - sprich Einsparungen. 1994 ist Bundestags- und Kommunalwahl, 1995 Landtagswahl. Welche Mehrheitsfraktion kann dann noch Einsparungen durchsetzen?

(D)

Das heißt nach meiner Auffassung: Es bleibt alles im Rahmen der mittelfristigen Nettoneuverschuldung. Im Zweifelsfalle wird diese dann erhöht. Das Land steht 1995 bei rund 120 Milliarden DM Schulden - dies alles ungeachtet dessen, was uns das Jahr 1995 bei den viel besprochenen Themen noch an Unwägbarkeiten bringt und was noch auf uns zukommt.

Hier bestätige ich als Freidemokrat ganz offen, daß das, was da in Bonn gemacht wird, ein schlechtes Beispiel ist. Das muß man der Ehrlichkeit halber zugeben. Wenn ich hier kritisiere, muß ich auch schlechte Beispiele nennen. Was Bonn macht, ist ein schlechtes Beispiel.

(A) (Wickel [F.D.P.]

sches Etikett zu geben, etwa nach dem Motto: ÖPNV macht weniger Dreck als Individualverkehr, ist also das Bessere, und jeder, der eine andere Auffassung hat, ist schon zwei Klassen schlechter, weil er den Moralanspruch nicht für sich vereinnahmen kann. Diese Erscheinung nimmt zu; man kann sie auch hier verfolgen. Wir müssen höllisch aufpassen, daß mit dieser moralischen Etikettierung nicht andere Schwergewichte gesetzt werden, als sie die Sache verdient.

Deshalb setzen wir hier auf intelligentere Lösungen. Mobilität muß sein, muß bezahlbar bleiben. Es ist keine Lösung, die Ideologie als Räder des Verkehrs einzusetzen.

Wehe, meine Damen und Herren von der SPD, wenn auch noch die Arbeiter in der Automobil- und Zuliefererindustrie darauf kommen. In unser aller Interesse sollten wir aufpassen, daß das nicht passiert.

Und wir in dieser Runde sollten uns immer wieder darüber im klaren sei - denn es betrifft uns gemeinsam -, daß alle Leistungsgesetze auf den Prüfstand gehören, daß die Durchforstung der unendlichen Fülle von Ausstattungsstandards eine Aufgabe dieses Parlaments sein muß.

(B) Ich komme jetzt zum Einzelplan 12, Herr Finanzminister. Mir liegt an dem, was ich jetzt sage. Wir müssen ja gleich über Einzelplan 12, Einzelplan 20 und das Haushaltsgesetz abstimmen. Nach dem, wie der Finanzminister die Weichen stellt, wie er uns in den Haushaltsberatungen beraten hat, könnte ich sagen: Verbal stimme ich dem Haushaltsbereich des Finanzministers zu. Daß das aus übergeordneten politischen Gesichtspunkten nicht so einfach ist, werden Sie verstehen. Aber man muß hier eine Anerkennung dafür aussprechen, daß man uns im Haushalts- und Finanzausschuß in einer Art und Weise berät, die vorbildlich ist.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Benschmann [CDU])

Auch der Weg, den der Finanzminister eingeschlagen hat, ist der richtige. Ich wünsche mir nur, die SPD-Mehrheitsfraktion würde ihm folgen.

Den Einzelplan 20 müssen wir aus politischen Grün-

(C)

den knallhart ablehnen, weil in ihm soviel enthalten ist, was wir politisch nicht wollen. Übrigens enthält dieser Einzelplan auch 3 % "Rasenmäher". Wir fragen: Warum denn nicht Rasenmäher und Unkrautstecher? Die GRÜNEN würden jetzt von Wildkräutern sprechen. Aber das hängt damit zusammen - das haben wir in der Diskussion zuvor erlebt -, daß hundert Prozent der GRÜNEN nun einmal aus öffentlichen Kassen bezahlt werden, 50 %, weil sie einen Beruf im öffentlichen Dienst haben, und 50 %, weil sie Geld aus dem öffentlichen Dienst erhalten. Dann sieht man die Dinge schon einmal etwas anders.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Ich will nur noch sagen: Dem Haushaltsgesetz können wir als politische Größe in diesem Lande unsere Zustimmung auch nicht geben.

Ich danke Ihnen trotzdem, daß Sie mir zugehört haben, und will noch anmerken, daß ich Zeit eingespart habe.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege Wickel. - Für die GRÜNEN-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Dr. Busch das Wort. (D)

Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE): Herr Wickel, wenn ich Ihnen das gerade sagen darf: Es gibt nicht nur berechtigten Bürger- und Bürgerinnenprotest, sondern auch berechtigten ParlamentarierInnenprotest. Deshalb muß ich sagen: Sie hätten doch etwas mehr - und das kürzer - zum Thema sprechen sollen.

(Abgeordneter Wickel [F.D.P.]: Ihre Semantik versteht keiner!)

Ich werde mich sehr kurz fassen. Fünf Minuten - das verspreche ich hiermit.

Wir GRÜNEN haben zehn Anträge vorgelegt. Die wollte ich Ihnen hier eigentlich so lange vortragen, bis auch Frau Meyer-Schiffer überzeugt ist. Aber angesichts der fortgeschrittenen Zeit tue ich das nicht.

(A) (Wickel [F.D.P.]

Aber da erklärt der Kollege Professor Farthmann als Vorsitzender der SPD-Fraktion - ich zitiere -: "Das waren die konstruktivsten Haushaltsberatungen, die ich bisher als Fraktionsvorsitzender geleitet habe." - Kein Wunder, gibt es doch in diesem Hause fast niemanden, der den Warnungen des Finanzministers folgt. Es wird lediglich durch gespitzte Lippen, interessierte Zuhörerschaft nach außen hin das Interesse kundgetan; es ändert sich aber nichts.

Deshalb lasse ich jetzt einmal den Teil unserer Änderungsvorschläge, weil sie auch nächstes Jahr genauso passen, weg und bleibe beim Aktuellen, damit wir uns nicht zu lange hier aufhalten.

Als Opposition sind wir zugegebenermaßen freier als die SPD-Regierungsfraktion. Deshalb wollen wir nicht recht haben, aber, ich glaube, wir werden recht bekommen. Deshalb zielen unsere Vorschläge auf den 93er Haushalt, weil da jetzt noch gespart werden kann. Ich habe Ihnen ja eben erklärt, warum es 1994/1995 schlechter geht. Wir müssen im Jahre 1993 schon beginnen, denn sonst müssen wir bis zum Jahre 2000, also für den Rest dieser und für die gesamte nächste Legislaturperiode, auf die Gestaltung von Politik verzichten.

(B) Deshalb haben wir Einsparungen im Personalbereich von 25 Millionen DM vorgeschlagen. Sie sind als Zeichen unter dieser Maßgabe maßvoll. Wir haben - Hagen Tschoeltsch hat das getan - die Subventionskürzungen im Wirtschaftsetat von 132 Millionen DM begründet. Wir haben die Kürzungen, Streckungen und Sperrungen von Mitteln für Bau- und Beschaffungsmaßnahmen von 442 Millionen DM für durchsetzbar gehalten. Wir wollten noch etwas stärker als der Finanzminister an die Kürzung der sächlichen Ausgaben. Hierbei sind die Einzelpläne des Innen-, Justiz-, Kultur- und Wissenschaftsbereiches von uns ausgenommen worden, die wir wegen unserer politischen Vorränge ausdrücklich ausnehmen wollten. Aber hier kamen wir auch auf einen Betrag von 368 Millionen DM.

Jetzt wird es ärgerlich, meine Damen und Herren; denn der ganze Unsinn von Straßenrückbau, Straßenmöblierung, Straßenumbau und von flächendeckenden 30-km/h-Zonen ist unverantwortlich angesichts der Probleme in den neuen Ländern, in denen es zum Teil

am Notwendigsten fehlt. Wir hier leisten uns diesen Luxus, müssen uns das Geld dafür auch noch leihen und dafür Zinsen bezahlen. Hier triumphiert immer noch die Ideologie über die tatsächlichen Verhältnisse.

Auch Ihnen müßte aufgefallen sein, daß die Politik und die handelnden Politiker vom Bürger - und das ist eine ganz andere Situation als in all den Jahren vorher - in der heutigen Lage nicht mehr nach Parteien unterschieden werden. Unterhalten Sie sich hier oder zu Hause mit Bürgergruppen, mit Besuchergruppen, und Sie stellen fest: Man differenziert gar nicht mehr nach Parteizugehörigkeit, sondern man sagt: Die Politik und die Politiker machen das alles falsch.

Wenn das so ist, was machen wir alle, die wir hier sitzen, wenn eine Autofahrerpartei wie in der Schweiz die Chance nutzt und sich als Protestpartei dem Bürger anbietet, dem Bürger, der dann aus Protest wählen kann, ohne sich in einer rechten oder linken Ecke wiederfinden zu müssen? Meine Damen und Herren, ich meine das ganz ernst: Die Voraussetzungen dafür schaffen wir selber.

Die Voraussetzungen in Nordrhein-Westfalen sind gegeben. Es gibt den Bundesverband mit täglich neuen Gliederungen in allen Kreisverbänden. Die Kassen dieser Partei sind hoch gefüllt. Meine Damen und Herren von der SPD, das könnte Ihnen die Mehrheit kosten, und es trifft alle anderen Parteien auch. Bedenken Sie einmal die Gefahr, die durch eine Protestpartei besteht, die ideologisch nicht rechts oder links festzumachen ist! In der Schweiz hat das locker funktioniert, von Null auf sieben Prozent.

Den Sozialdemokraten empfehle ich die Wahlanalyse der letzten Bremer Bürgerschaftswahl, bei der die größeren Stimmenanteile bei der SPD nicht wegen der Asylpolitik, sondern wegen der Politik gegen das Auto verlorengegangen sind. Das mag einem gefallen oder nicht. Ich will nur davor gewarnt haben, daß wir solchen Protestgruppierungen nicht selber Vorschub leisten, weil wir hier eine falsche Politik machen.

Die Schlußfolgerung daraus lautet: Ausgewogenheit und Vernunft statt Ideologie. Hier sollten wir auch noch einmal selbstkritisch an uns alle denken. Wir gewöhnen es uns in der Politik an, gewissen Politikfeldern, die wir gern bespielen wollen, ein morali-

(C)

(D)

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

- Also: im Schweinsgalopp durch unsere Anträge. Wie gesagt, versprochen sind fünf Minuten.

Erstens: Oberfinanzdirektionen und Finanzämter! Wir wollen 50 Millionen DM zulegen, und zwar nicht, weil wir Geld drucken können, sondern weil wir meinen, daß sich diese verbesserte Ausstattung der Finanzämter im wahrsten Sinne des Wortes lohnt. Man sollte Steuergesetze nicht verändern, sondern geltendes Steuerrecht konsequent anwenden.

Frau Meyer-Schiffer, wir alle wissen, daß die Großbetriebe kontinuierlich geprüft werden, daß sie aber nicht mehr vollständig geprüft werden. Das heißt, die Prüfungsgebiete werden ausgedünnt. Das bedingt die Steuerausfälle. Da wollen wir durch vermehrten Personaleinsatz Abhilfe schaffen.

Der Bundesrechnungshof hat 1984 bereits - und die Situation ist seitdem wesentlich schlechter geworden - ausgerechnet, daß in der Bundesrepublik weit über 10 Milliarden DM an Steuern durch mangelhafte Betriebsprüfungen verlorengehen.

Zweiter Punkt: Frau Meyer-Schiffer, Sie haben gesagt, als Leistung der SPD-Fraktion in diesem Haushalt gebe es 62 Stellen mehr. Ich möchte bescheiden daran erinnern, Frau Meyer-Schiffer: Damit sind wir auf dem Niveau von 1992. Sie stimmen mir zu. Das heißt, es ist kein Erfolg, sondern es ist allenfalls das Halten des Standards, den wir 1992 hatten und der weitaus zu niedrig ist.

Deswegen wollen wir verstärkt ausbilden und 500 zusätzliche Finanz- und Steueranwärter einstellen. Die Kapazitäten in Nordkirchen und in Haan reichen hierzu nicht aus. Das heißt, es muß dezentral ausgelagert werden, bis entsprechende Kapazitäten geschaffen sind.

Ich habe noch drei Minuten.

Zur Öffentlichkeitsarbeit: 40 Millionen DM pro Jahr - Herr Schleußer, Ihr Pressesprecher wollte es bestreiten. Ich glaube, diese mißglückte Öffentlichkeitsarbeit ist in einem peinlichen Fiasko geendet. Wir wollen 20 Millionen DM einsparen. Das ist ohne weiteres möglich. Das Bild der Landesregierung könnte auch durch andere Maßnahmen verbessert werden, z. B. durch

einen verschärften Blick auf die Kabinettsriege.

Wir haben Ihnen in dem Antrag ausgeführt, warum wir meinen, daß der Verstärkungstitel 531 00 verfassungswidrig ist. Er unterläuft die Haushaltskontrolle des Parlaments. Er läßt nicht mehr zu, daß überplanmäßige Ausgaben als solche ausgewiesen werden. Wir lehnen diesen Titel ab.

Ich erwähne noch die Entgeltzahlungen der Westdeutschen Landesbank - sozusagen ein Entgelt dafür, daß das Land 4 Milliarden DM der WestLB eingliedert und damit die Beteiligungsgeschäfte, die teilweise ja sehr abenteuerlich sind, der WestLB erst ermöglicht. Das Land Hamburg hat uns hierzu eine Vorlage geliefert. Übertragen auf das Land NRW bringt uns dies eine Entgeltzahlung von 200 Millionen DM - eine stattliche Summe, über die wir hier noch einmal reden sollten.

Vorletzter Punkt: § 6 Abs. 9 des Haushaltsgesetzes. Hier haben Sie ein Sondervermögen - Grundstock - für die Grundstücke gebildet. Das ist schon sehr problematisch, weil Kompetenzen vom Landtag auf die Landesregierung ausgelagert werden, weil Grundstückskäufe und Grundstücksverkäufe nicht mehr im Haushalt erscheinen. Aber geradezu extrem wird es, wenn es in § 6 Abs. 9 letzter Satz heißt:

Das Finanzministerium kann Ausnahmen zulassen.

Damit wird unmittelbar ermöglicht, daß der Finanzminister Grundstücke verkauft und die Einnahmen aus diesen Grundstücksverkäufen für andere Dinge verwendet als für Grundstückskäufe. Das ist absolut abenteuerlich; das ist wirklich eine klassische "schwarze Kasse" für den Finanzminister. Wir halten das für verfassungswidrig, und wir werden uns damit gegebenenfalls, wenn das so in Kraft tritt, wahrscheinlich vor dem Verfassungsgericht wiedersehen.

Letzter Punkt: der verzweifelte Versuch, die noch nicht realisierten Ergebnisse des Arbeitsstabes "Aufgabenkritik" hier in den Haushalt einzuführen. Herr Bensmann, Sie haben auf meine Frage gestern, wo Sie denn die 6 900 Stellen kürzen wollen, zu Recht sagen müssen oder sagen dürfen: Das ist ein Papier aus der Landesregierung; wir kennen es nicht. - Nur, Herr Bensmann, da muß ich wirklich sagen: Wenn

(C)

(D)

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

Sie das Papier nicht kennen, können Sie es auch nicht zur Grundlage eines Haushaltsantrages machen. Also, entweder Sie machen sich die Mühe, selber zu sagen, wo Sie diese 6 900 Stellen einsparen wollen, oder aber Sie ziehen den Antrag zurück, weil er nicht sachlich substantiiert ist.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE] begibt sich zum Tisch des Präsidenten.)

- Letzter Satz, bevor Herr Vesper mich hier vom Pult prügelt:

(Heiterkeit)

Den Vorschlag der SPD-Fraktion, daß der Arbeitsstab "Aufgabenkritik" der Landesregierung vorschreiben soll, wo diese 6 900 Stellen zu streichen sind, halten wir auch nicht für zulässig,

(Zuruf des Abgeordneten Bensmann [CDU])

weil man in ein Gesetz konkrete, objektivierbare Bestimmungen hineinschreiben muß und weil der Landtag nicht an der Landesregierung vorbei Dritte mit etwas beauftragen kann. Nach der Verfassung gibt es in dem Fall eben nur die Legislative und die Exekutive. Das heißt, wir können mit dem Haushaltsgesetz der Landesregierung etwas vorschreiben, aber nicht einem Arbeitsstab "Aufgabenkritik", der dann wiederum der Landesregierung etwas vorschreibt.

(B)

(Zustimmung bei Abgeordneten der CDU)

Ich habe die Zeit eingehalten und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Bravo! und Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Schmidt: Danke schön, Herr Dr. Busch. - Für die Landesregierung erteile ich Herrn Finanzminister Schleußer das Wort.

Finanzminister Schleußer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hatte an sich zugesagt, nur eine Minute zu reden. Aber das geht nicht. Wir brauchen für einen so gewichtigen Haushalt wirklich die

Mehrheit.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei den Oppositionsfraktionen)

Herr Kollege Meulenbergh, ich muß annehmen, wenn ich Ihre Rede richtig mitbekommen habe, daß Sie gestern nicht zugehört haben. Denn ich habe keine Vorwürfe an die Bundestagsfraktion der CDU gerichtet, nicht einmal an meinen Kollegen Finanzminister, sondern ich habe ausschließlich gesagt - und das war in Richtung der Opposition hier im Landtag -: Wer parteipolitisch ein solches Finanzdesaster mitverantworten hat, sollte vorsichtiger mit den Vorwürfen an andere sein. Also kann ich zu dem, was Sie hier heute vorgetragen haben, nur sagen: Ihre Ausgangsposition war falsch, und damit waren logischerweise auch Ihre Schlußfolgerungen falsch.

(Zustimmung des Abgeordneten Trinius [SPD])

Herr Kollege Wickel, ich halte Ihren Vorschlag, daß Wichtiges und Richtiges zu einer besseren Zeit gesagt werden sollte, für gut. Vielleicht können wir ihn gemeinsam bei der nächsten Beratung des Ältestenrates umsetzen. Mein Kollege Clement hat bereits Zustimmung signalisiert. Wirken Sie auf Ihre Mitglieder des Ältestenrates ein! Außerdem: Lob ist für einen Finanzminister so selten, daß er sich noch richtig darüber freuen kann.

(D)

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Schultz [SPD]: Alles klar!)

- Wenn das denn so ist, kann ich nur noch festhalten:

(Heiterkeit)

Ich glaube, daß der Haushalt, so wie wir ihn eingebracht haben, so wie er beraten worden ist, verantwortbar ist. Er ist eine solide Basis für 1993. Man muß ihm einfach zustimmen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Allgemeine Heiterkeit)

(A)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Finanzminister. Nun können wir abstimmen.

(Heiterkeit)

Ich rufe die Änderungsanträge zum Einzelplan 12 auf, und zwar zunächst den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/4778.

Anlage 1, Kap. 12 010, Titel 526 60, Stichwort: Kürzung der Mittel für Untersuchungen zu organisationswissenschaftlichen Fragen. Wer für den Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke schön. Stimmenthaltungen? - Es gibt keine Stimmenthaltungen. Der Antrag ist abgelehnt.

Anlage 2, Kap. 12 050 Titel 422 10, 425 10, 525 12, 538 81, 812 81, Stichwort: Unterbesetzung von Betriebsprüfungs- und Steuerfahndungsabteilungen. Wer ist für diesen Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN? - Wer ist dagegen? - Vielen Dank. Stimmenthaltungen? - Keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(B)

Anlage 3, Kap. 12 050 Titel 422 20 sowie Kap. 12 090 mit verschiedenen Titeln. Stichwort: Mehr Planstellen für die Finanzverwaltung. Wer ist dafür? -

(Zustimmung der Fraktion DIE GRÜNEN und einige Ja-Stimmen bei der Fraktion der CDU - Allgemeine Heiterkeit)

Danke schön.

Wir stimmen noch einmal ab: Wer ist für den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN?

(Zustimmung der Fraktion DIE GRÜNEN)

Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen?

(Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der F.D.P. und der CDU - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: So schnell ändert ihr eure Meinung?)

- Herr Dr. Vesper, das war von hier oben aus nicht

(C)

zu übersehen. Der Antrag ist abgelehnt.

Aufgerufen ist laufende Nummer 2, zum Einzelplan 20: Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN, Drucksache 11/4779.

Anlage 1, Kap. 20 020 Titel 711 30, Stichwort: Maßnahmen zur Energieeinsparung. Wer ist für diesen Änderungsantrag? - Danke schön. Wer ist dagegen? - Vielen Dank. Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist abgelehnt.

Anlage 2, Kap. 20 020 Titel 531 00, Stichwort: Streichung der Mittel für verstärkte Öffentlichkeitsarbeit. Wer ist für den Antrag? - Danke schön. Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist mit Stimmenmehrheit der SPD gegen die Stimmen der GRÜNEN, der CDU und der F.D.P. abgelehnt.

Wir kommen zu Anlage 3, Kap. 20 020 mit mehreren Titeln.

(Allgemeine Unruhe - Vizepräsident Schmidt wartet ab, bis sich die Unruhe gelegt hat.)

- Danke schön. Jetzt können wir weitermachen: Aussetzen von Hoch- und Tiefbaumaßnahmen. Wer ist für den Änderungsantrag? - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke schön. Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist abgelehnt.

(D)

Anlage 4, Kap. 20 610 Titel 133 10, Stichwort: Einnahmen aus dem Verkauf der Landesanteile an der WestLB. Wer ist für den Änderungsantrag? - Danke schön. Wer ist dagegen? - Vielen Dank. Stimmenthaltungen? - Danke schön. Der Antrag ist mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Anlage 5 ist aufgerufen, Kap. 20 610 Titel 161 (neu), Stichwort: Nutzung des Vermögens der Wohnungsbauförderungsanstalt als Haftungskapital der WestLB. Wer ist für den Änderungsantrag? - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke schön. Stimmenthaltungen? - Es gibt keine Stimmenthaltungen. Der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen zur Nummer 3, Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN, Drucksache 11/4780, zum Haushaltsgesetz.

(A) (Vizepräsident Schmidt)

Anlage 1, § 6 Abs. 9: **Streichung der Ausnahmeregelung.** Wer ist für den Änderungsantrag? - Danke schön. Wer ist dagegen? - Vielen Dank. Stimmenthaltungen? - Danke schön. Der Antrag ist **abgelehnt.**

Anlage 2, § 7a Abs. 1, Stichwort: **Aufhebung der Stellenbesetzungssperre.** Wer ist für den Änderungsantrag? - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke sehr. Stimmenthaltungen? - Vielen Dank. Der Antrag ist mit Stimmenmehrheit **abgelehnt.**

Ich rufe dann Nummer 4 auf. Antrag der Fraktion der F.D.P., Drucksache 11/4785, Personaletat, Stichwort: **Stellenplankürzungen im Landeshaushalt 1993.** Wer ist für den Änderungsantrag? - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke. Stimmenthaltungen? - Vielen Dank. Der Antrag ist **abgelehnt.**

Wir stimmen dann über den **Einzelplan 12 - Finanzministerium** - entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 11/4712** ab. Wer für die Beschlußempfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Vielen Dank. - Wer ist dagegen? - Danke schön. Stimmenthaltungen? - Es gibt keine Stimmenthaltungen. Die Beschlußempfehlung ist mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU, F.D.P. und GRÜNEN mit Mehrheit beschlossen und damit in **zweiter Lesung angenommen.**

(B)

Wir stimmen dann über den **Einzelplan 20 - Allgemeine Finanzverwaltung** - entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 11/4716** ab: Wer für die Beschlußempfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke sehr. Wer ist dagegen? - Danke schön. Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 20 mit Stimmenmehrheit der SPD und CDU-Fraktion so beschlossen und in **zweiter Lesung angenommen.**

Ich rufe das **Haushaltsgesetz 1993** entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 11/4700** auf. Wer für das Haushaltsgesetz ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke sehr. Die Gegenprobe! - Danke schön. Stimmenthaltungen? - Danke sehr. Gegen die Stimmen von CDU, F.D.P. und der Fraktion DIE GRÜNEN mit Stimmenmehrheit der SPD so beschlossen und in **zweiter Lesung angenommen!**

(C)

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende unserer Haushaltsberatungen zur zweiten Lesung.

(Beifall bei der SPD - Unruhe)

Zur Vorbereitung der dritten Lesung möchte ich gern über die **Rücküberweisung** des Gesetzentwurfs an den Haushalts- und Finanzausschuß abstimmen lassen. Wer dieser Rücküberweisung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke sehr. Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Einstimmig so beschlossen. Damit ist der Entwurf des **Haushaltsgesetzes 1993** in der Fassung nach der zweiten Lesung einstimmig an den Haushalts- und Finanzausschuß zurücküberwiesen.

Damit, meine Damen und Herren, sind wir nun wirklich am Ende unserer heutigen Sitzung. Ich berufe das Plenum für morgen früh, 10 Uhr, wieder ein. Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Abend. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 22.16 Uhr

(D)

*) Vom Redner bzw. der Rednerin nicht überprüft (§ 105 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Redner und Rednerinnen.

Ausgegeben: 15. Januar 1993

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 4000 Dusseldorf 1, Postfach 1143, Telefon (0211) 8842439, zu beziehen.